

**ZWEITE ANHÖRUNG DER SOZIALPARTNER DES
ZUCKERSEKTORS DURCH DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION**

**ÜBERARBEITETER ENTWURF FÜR DIE
“ALLES AUSSER WAFFEN”-VERORDNUNG
ZUGUNSTEN DER AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDER**

20. Februar 2001

**PARITÄTISCHE ERKLÄRUNG
DER SOZIALPARTNER
AUS DER EUROPÄISCHEN ZUCKERINDUSTRIE**

Die Sozialpartner aus der Zuckerindustrie sprechen der Europäischen Kommission ihren Dank dafür aus, dass diese sie zweimal in Bezug auf die potentiellen bedeutenden Auswirkungen einer geplanten Liberalisierung der Zuckereinfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern auf den Sektor angehört hat. Diese Anhörungen fanden gemäß Artikel 138 des Vertrags von Amsterdam¹, dem Beschluss 98/500/EG der Kommission² und der Mitteilung der Kommission KOM/1998/322³ statt.

Die Sozialpartner bestätigen, dass der ursprüngliche Entwurf der Kommission mit dem Titel “Alles außer Waffen” vom Oktober 2000⁴ ihrer Einschätzung nach, nicht so beschaffen ist, dass er tatsächlich den am wenigsten entwickelten Ländern hilft. Er erscheint mit einem guten Funktionieren der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker nicht vereinbar und droht folglich die Beschäftigung im Zuckersektor zu gefährden.

Sie danken der Kommission dafür, dass sie einen Teil der bei der ersten Anhörung am 14. Dezember 2000 geäußerten Bedenken durch die Einbeziehung eines mit dem Rat verhandelbaren Kompromisses für bestimmte empfindliche Erzeugnisse, zu denen der Zucker gehört, berücksichtigt hat.

Sie verstehen die politische Dimension der Initiative, die zugunsten der Entwicklung der am wenigsten entwickelten Länder ergriffen wurde, erwarten aber auch von der Europäischen Union, dass sie die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten Maßnahmen, insbesondere für die direkt betroffenen Industrie- und Landwirtschaftssektoren, berücksichtigt.

¹ Artikel 138 des Vertrags von Amsterdam über die Anhörung der Sozialpartner

² Beschluss 98/500/EG vom 20.5.1998 über die Einsetzung von Ausschüssen für den sektoralen Dialog

³ Mitteilung KOM/1998/322 vom 20.5.1998 “Anpassung und Förderung des sozialen Dialogs auf Gemeinschaftsebene”. Die Kommission verpflichtet sich darin, die Sozialpartner zu Fragen anzuhören, die bedeutende soziale Auswirkungen für den Sektor haben können.

⁴ Vorschlag KOM/2000/561 endg. vom 5.10.2000

Sie stehen der Einrichtung eines Quotensystems für den Übergangszeitraum positiv gegenüber. Eine solche Vorgehensweise erscheint ihnen am günstigsten für die Entwicklung der Ausfuhren der am wenigsten entwickelten Länder auf einer vorhersehbaren Grundlage und gleichzeitig mit der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vereinbar.

Sie weisen jedoch darauf hin, dass im aktuellen Stadium die Festlegung eines Zeitplans, der 2006 beginnt und automatisch im Juli 2009 zu einer vollständigen Liberalisierung der Ausfuhren führt, vollkommen verfrüht ist, da die sozialen und haushaltsspezifischen Auswirkungen einer solchen Maßnahme für die Union zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht exakt ermessen werden können. Die Sozialpartner erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass der europäische Zuckersektor die Existenz zahlreicher Arbeitnehmer in der Landwirtschaft wie in der Industrie sichert und zahlreiche indirekte Arbeitsplätze in anderen Sektoren schafft.

Sie machen folgende Feststellungen:

- Auf der wirtschaftlichen Ebene wurden die wichtigsten Eigenschaften und die Dauer der zukünftigen gemeinsamen Marktorganisation für Zucker noch nicht festgelegt.
- Auf Haushaltsebene bietet die Übereinkunft von Berlin keine Perspektiven über das Jahr 2006 hinaus.
- Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich, die Ergebnisse einer voraussichtlichen Wiederaufnahme der multilateralen Verhandlungen bei der Welthandelsorganisation vorherzusagen.
- Die wirtschaftlichen, politischen und strategischen Bedingungen, die in fünf Jahren sowohl in der Union wie in den am wenigsten entwickelten Ländern vorherrschen werden, können sich folglich stark von den heute bestehenden unterscheiden.

Unter diesen Umständen fordern die Sozialpartner aus der Zuckerindustrie die Europäische Kommission und den Ministerrat mit Nachdruck dazu auf, in den "Alles außer Waffen"-Entwurf eine Bestimmung aufzunehmen, die eine erneute Bewertung der Situation ermöglicht, um den am wenigsten entwickelten Ländern den bestmöglichen Marktzugang unter den im Jahr 2006 vorherrschenden Bedingungen zu gewähren.

Außerdem bitten sie den Rat, die Europäische Kommission zu verpflichten, die Wirksamkeit der Schutzklauseln sowie bestimmter Ursprungsregeln zu verstärken und die Sozialpartner hierzu anzuhören.

COMITE EUROPEEN
DES FABRICANTS DE SUCRE

Jean-Louis BARJOL
Generaldirektor

EUROPÄISCHE FÖDERATION DER GEWERKSCHAFTEN DES
LEBENS-, GENUSSMITTEL-, LANDWIRTSCHAFTS- UND
TOURISMUSSEKTORS UND VERWANDTER BRANCHEN

Harald WIEDENHOFER
Generalsekretär